

Falsche und scheinheilige Argumentation

Autor(en): **Burkart, Thierry**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 6

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-880776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Falsche und scheinheilige Argumentation

Die Coronakrise führt dazu, dass die Gegner von Air2030 ihre Hauptargumentation auf die Finanzierung verlegen. Angesichts der Milliarden, die der Bund im Rahmen der coronabedingten Massnahmen gesprochen hat, könne man sich die sechs Milliarden CHF für neue Kampfflugzeuge nicht mehr leisten. Diese Argumentation ist falsch. Sie ist aber gerade aus dem Mund derjenigen, die stets vom «totgesparten Staat» gesprochen haben, scheinheilig.

Von Thierry Burkart*



Es gibt auch aufgrund der Coronakrise keinen Grund, auf neue Kampfflugzeuge zu verzichten, denn die Bedrohungslage hat sich durch die Pandemie nicht geändert. Im Gegenteil, die Bedrohungen und Gefahren sind in den letzten Jahren vielfältiger und unberechenbarer geworden. Unser Land könnte aber auch bei internationalen Konferenzen den nötigen Schutz nicht gewähren und im Alltag den luftpolizeilichen Dienst nicht sicherstellen.

Finanzierung aus ordentlichem Armeebudget

Die durch den Corona-Shutdown beschlossenen Massnahmen zur Dämpfung des wirtschaftlichen Schadens belasten den Finanzhaushalt des Bundes enorm. Es wird Jahrzehnte benötigen, um diesen Schuldenberg abzutragen. Die Gegner von Air2030 führen nun ins Feld, dass sich die Schweiz keine Erneuerung der Luftwaffe ab 2030 mehr leisten könne. Sie blenden aber aus, dass sie bislang immer vom «totgesparten Staat» sprachen und das Geld mit vollen Händen verteilen wollten. Eine seriöse Finanzpolitik war für sie stets unwichtig. Daher nahmen sie die Schuldenbremse fortwährend unter Beschuss. Dass gerade sie jetzt mit der Finanzpolitik argumentieren, ist daher scheinheilig. Sie bemühen dieses Argument denn auch nur bei der Armee. Un erwähnt lassen sie in ihrer Argumentation die Tatsache, dass die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge innerhalb des ordentlichen Armeebudgets finanziert wird.

Geplant wird in den nächsten 10 Jahren nicht nur mit 6 Milliarden CHF für die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen, sondern mit weiteren dringenden Beschaffungen von 9 Milliarden CHF für die Boden-Luft-Abwehr und die übrigen Teile der Armee. Die Nutzungsdauer ist auf 30 bis 40 Jahre ausgelegt. Die Armee kann aus ihrem heutigen Budget jedes Jahr rund eine Milliarde Franken für solche Investitionen zur Verfügung stellen. Das sind in 10 Jahren 10 Milliarden CHF. Um die übrigen 5 Milliarden zu erreichen, werden die Mittel der Armee um jährlich real 1,4 Prozent moderat angehoben.

Die GSoA, und in ihrem Schlepptau die SP und die Grünen, verschweigen in ihrer Argumentation, dass mit 1,4 Prozent der Anstieg bei den Armeeaussgaben nach wie vor tiefer ist als das generelle Wachstum des Bundes gerechnet wird. Es kommt damit kein anderer Bereich des Bundes zu kurz. Der Anteil der Militärausgaben ist im internationalen Vergleich sowohl gemessen am Gesamthaushalt sowie am Bruttoinlandprodukt immer noch sehr gering.

Milliarden für Schweizer Arbeitsplätze

Von den 15 Milliarden CHF werden die 6 Milliarden CHF für die Erneuerung der Luftwaffe zu 60 Prozent des Vertragswertes, also mit 3,6 Milliarden CHF, durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensiert. Die übrigen 9 Milliarden CHF müssen zu hundert Prozent für Kompensationsgeschäfte eingesetzt werden. Damit werden Aufträge im Umfang von 12,6 Milliarden CHF vergeben, die unsere Wirtschaft gerade in der Post-

Corona-Zeit gut gebrauchen kann. Damit können Arbeitsplätze in unserem Land erhalten werden.

GSoA operiert mit falschen Zahlen

Die Air2030-Gegner operieren zudem mit Fantasiestellen. So würden sich die Betriebskosten einer neuen Flotte auf 24 Milliarden CHF oder mehr belaufen. Die Betriebskosten – sie werden übrigens auch aus dem ordentlichen Armeebudget finanziert – präzise anzugeben, ist nicht möglich, wenn weder Typ noch Anzahl der neuen Flugzeuge bestimmt sind. Eine exakte Schätzung über eine Dauer von 30 bis 40 Jahren ist naturgemäss schwierig. Dass die Betriebskosten über die gesamte Lebensdauer gerechnet höher als die Beschaffungskosten sind, ist nicht nur bei Kampfflugzeugen so. Die Aussage aber, wonach die Lebenswegkosten neuer Kampfflugzeuge vier- oder gar fünfmal so hoch seien wie die Beschaffungskosten, ist schlicht falsch. Bei den neuen Kampfflugzeugen ist über 30 bis 40 Jahre mit Betriebsausgaben von rund dem Doppelten der Beschaffungsausgaben auszugehen. Das heisst jährlich rund 300 bis 400 Millionen CHF.

Die Argumentation der Air2030-Gegner ist einerseits scheinheilig und andererseits falsch. Gerade nach Corona ist aber die Schweizer Wirtschaft auf die Kompensationsgeschäfte angewiesen. Ein Ja zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge nützt unserer Sicherheit sowie der Wirtschaft und damit den Arbeitsplätzen in der Schweiz. ■

* Ständerat (FDP AG), Baden, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, Präsident Verein für eine sichere Schweiz und Kampagnenleiter Air2030.